

## Kommentar zur Konjunktur

### WIFO-Direktor Gabriel Felbermayrs Statement zur Frühjahrsprognose 2023 im Wortlaut

---

**Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) präsentierte am Donnerstag, den 30. März 2023 um 10:00 Uhr seine Konjunkturprognose für 2023 und 2024 im Rahmen einer Pressekonferenz. Gabriel Felbermayrs Eröffnungsstatement wird hier im Wortlaut veröffentlicht.**

---

Oberflächlich betrachtet sieht die Frühjahrsprognose des WIFO genauso aus wie die Winterprognose vom Dezember: Für das laufende Jahr 2023 erwarten wir ein Wachstum des realen Bruttoinlandsproduktes von 0,3%, im kommenden Jahr dann eine Erholung auf 1,8%. Keine Revision der BIP-Zahlen also. Die Wachstumsdelle, die wir erwartet haben, ist in den Daten nun sehr sichtbar. Ab dem III. Quartal 2022 ist das Wachstum zum Stillstand gekommen; im aktuellen Quartal dürfte es leicht negativ sein, und im II. Quartal 2023 erwarten wir noch einmal Stagnation. Danach kommt es aber, das zeigen die vorlaufenden Konjunkturindikatoren, zu einer leichten Belebung. Für 2024 rechnen wir dann mit einem realen Wachstum von 1,8%.

Dieses Konjunkturbild passt gut in die internationale Lage. 2023 wächst die Eurozone nur wenig stärker als Österreich; Deutschland und die mittel- und osteuropäischen Nachbarstaaten entwickeln sich hingegen etwas schwächer. In den USA ist die Dynamik 2023 stärker als in der Eurozone, aber im vergangenen Jahr war das Wachstum in Amerika weniger als halb so stark wie etwa in Österreich. Wie so häufig läuft die US-Konjunktur der europäischen voraus. Im laufenden Jahr könnte China wieder etwas verlässlicher zur Weltkonjunktur beitragen, nachdem das Vorjahr im Reich der Mitte eine sehr deutliche Schrumpfung im II. Quartal und Stagnation im IV. Quartal gebracht hat, sodass Österreich letztes Jahr ein deutlich dynamischeres Wachstum als China hingelegt hat. 2024 dürfte eine deutlich anziehende Weltkonjunktur auch den Aufschwung in Österreich mittragen.

Im Vergleich zur Winterprognose sorgt ein deutlich optimistischerer Ausblick bei den Energiepreisen für zusätzliche Wachstumsimpulse, vor allem in der Industrie. Die sogenannten Terms-of-Trade, das Verhältnis der Exportpreise zu den Importpreisen, die sich 2021 und 2022 dramatisch verschlechtert hatten, verbessern sich wieder. Gleichzeitig aber müssen wir zum wiederholten Male die Inflationsprognose anheben. Damit sind höhere und länger andauernd höhere Zinsen verbunden, was Wachstum kostet.

Das größte Problem der österreichischen Volkswirtschaft ist weiter die Inflation. Die Preisdynamik bleibt, leider, viel zu hoch. Im Jahresdurchschnitt rechnen wir 2023 mit einer Inflationsrate von 7,1% in Österreich; fast vierfach so hoch wie gewünscht und deutlich höher als in Deutschland, wo unser Partnerinstitut ifo 6,2% erwartet, oder in der Eurozone, wo die EZB 5,3% prognostiziert. Diese hohe Preisdynamik stammt 2023 fast ausschließlich von der Kerninflation. Die Energiepreise tragen kaum mehr zur Teuerung bei. Die Inflation verselbständigt sich also – bei uns stärker als im Euro-Raum. Die Inflation ist bei uns persistenter: die durch hohe Energie- und Rohstoffpreise 2021/22 importierte Inflation wird mehr als anderswo durch die in vielen Bereichen

praktizierte implizite und explizite Orientierung an der Inflation der letzten 12 Monate in die nächsten Jahre weitergeschleppt.

Diese Entwicklung macht mir Sorgen. Hohe Inflation führt zu harten Verteilungskämpfen, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden und politische Polarisierung fördern. Wenn die heimische Inflationsrate länger über jener unserer wichtigsten Handelspartner und Wettbewerber liegt, dann geht zunehmend die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft verloren, was Wachstum kostet. Die Entwicklung erinnert fatal an Südeuropa nach der Euroeinführung.

Jetzt ist der Moment, auf einen Stabilisierungskurs einzuschwenken. Jetzt ist die Stunde der Sozialpartner, um auf Mäßigung bei der Preis- und Lohnentwicklung hinzuwirken. Die Geldpolitik der EZB wird die Situation für Österreich nicht retten, weil sie sich auf die durchschnittliche Inflationsdynamik im Euro-Raum bezieht, und die ist eben um 2 Prozentpunkte schwächer als bei uns. Obwohl die Zinsen wohl noch weiter steigen werden, stößt die Geldpolitik zunehmend an Grenzen. Rapide ansteigende Zinsen nach einer langen Nullzinsphase schaffen automatisch Fragilität im Finanzsystem, weil die Kurse aller ausstehenden Nullzinspapiere stark gefallen sind und damit hohe Wertberichtigungen in der Finanzwirtschaft erforderlich werden könnten. Außerdem steigt die Gefahr von Verwerfungen im Immobiliensektor und ganz allgemein das Risiko einer Rezession.

Daher muss die Politik von einer Politik der Bewältigung der Teuerungsfolgen zu einer Politik der Teuerungskämpfung umschwenken. Auch wenn wir hinsichtlich der gesamtstaatlichen Budgetdefizits vorsichtig Entwarnung geben können, muss der Finanzminister nun auf die Bremse treten, damit nicht weitere Transfer- und Subventionsprogramme die Teuerung ankurbeln. Die im letzten Jahr vorgenommenen Absenkungen der Energiesteuern sollten zunächst bleiben. Die Gebietskörperschaften sollten die Preisentwicklung im staatlich beeinflussten Bereich bremsen, wo es geht, etwa bei den Gebühren oder bei Mieten für Gemeindewohnungen. Jetzt ist nicht die Zeit für Steuersenkungen, wenn diese nicht unmittelbar inflationsdämpfend wirken. Es sollte alles getan werden, um den Wettbewerb zu beleben, etwa im Lebensmittelhandel oder im Bereich der Energieversorgung. Subventionen zur Steigerung des Angebots sollten maßvoll und zielgerichtet eingesetzt werden. Wenn sie klimapolitisch kontraproduktiv sind, sollten die Subventionen zurückgefahren werden.

Direkte Cash-Transfers müssen ein Ende finden. Das ist nun auch möglich, weil die Sozialleistungen und die Pensionen ohnehin inflationsindiziert sind, und auch die Lohnentwicklung wird die Inflationsentwicklung nachholen.

Am Arbeitsmarkt bleibt es eng. Wir gehen von einer weiter leicht sinkenden Arbeitslosenquote aus: heuer 6,4%, nächstes Jahr 6,1%. Diese gute Lage ermöglicht 2023 eine Steigerung der Nominallohne um 8,1%, und 2024 um weitere 7,7%. Das dürfte merklich über der Inflationsrate liegen, sodass die Reallohne nach der starken Schrumpfung 2022 wieder steigen. Die Abschaffung der kalten Progression bedeutet, dass dies auch für die realen Nettolöhne gilt.

Was für die Arbeitnehmer:innen positiv ist und den Konsum stabilisieren dürfte, führt dazu, dass die Lohnstückkosten in der Industrie um ca. 11% steigen. Das wird die bis zuletzt gute Gewinnentwicklung dämpfen.

Damit sich die Preisentwicklung stabilisiert, muss entweder das Wachstum der Nachfrage sinken oder das Wachstum des Angebots steigen. Letzteres wäre eindeutig besser. Daher:

Investitionen ermöglichen, Arbeitsangebot ausbauen, Protektionismus bekämpfen. Leider sind auf EU-Ebene Maßnahmen in Planung, die protektionistisch und damit preistreibend wirken.

Und auch auf dem heimischen Arbeitsmarkt sieht das Bild nicht nach Angebotsausweitung aus. Zwar nimmt die Anzahl der unselbständig Beschäftigten, in Köpfen gemessen, weiter zu: im Jahr 2023 um 0,8% und 2024 um 1,3%. Beim österreichweiten Arbeitszeitvolumen sieht es anders aus. Das Volumen der geleisteten Arbeitsstunden wird im Jahr 2024 um 0,4% unter dem Niveau von 2019 liegen. Die Bevölkerung, in Köpfen gemessen, wird aber um 3,4% höher liegen als 2019. Es ist offensichtlich, dass ein sinkendes Arbeitsvolumen bei wachsender Bevölkerung Knappheiten und steigende Preise verursachen wird.

Zum Schluss noch zwei weitere wenig erfreuliche Beobachtungen. Zwar erholt sich die österreichische Wirtschaft vom Doppelschlag der COVID-19-Krise und der Rekordteuerung, aber die Kaufkraft des BIP, der sogenannte Realwert, bleibt pro Kopf um etwas mehr als 1% unter dem Niveau von 2019 und dürfte erst 2024 zum Vorkrisenniveau aufschließen. Wenn man vergleicht, was wir vor der COVID-19-Krise bis 2024 an Wirtschaftsleistung erwartet haben, und was tatsächlich passierte und für 2023 und 2024 erwartet wird, dann kommt man bis 2024 auf einen Verlust von knapp 78 Mrd. € in Preisen von 2019, das sind ca. 8.600 € pro Kopf. Es ist also leider in der Tat so, wie oft gesagt, dass uns die Krisen im Durchschnitt ärmer gemacht haben. Das lässt sich leider mit kurzfristigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen nicht wegretuschieren. Was es braucht, ist eine neue Wachstumspolitik, die den neuen geopolitischen Umständen Rechnung trägt.

Die zweite eher unerfreuliche Nachricht: Die Treibhausgasemissionen. sind 2023 zwar um 4,8% gesunken; deutlich stärker als von uns erwartet, weil die Monate November und Dezember überdurchschnittlich warm waren. 2023 erwarten wir aber nur einen sehr geringen Rückgang der Emissionen, und 2024 eine Stagnation. Wenn sich die Politik nicht ändert, liegen 2024 die Emissionen um 24% über dem Niveau, das bei einem linearen Abbau der Emissionen auf Null bis 2040 eigentlich erforderlich wäre. In den bis dahin 17 Jahren klimaneutral werden zu wollen, wird zu einem immer unrealistischeren Ziel.

Wien, am 30. März 2023

*Begleitende Präsentationsunterlagen, die das Presse-Statement von WIFO-Direktor Gabriel Felbermayr veranschaulichen, stehen Ihnen [hier](#) zum Download zur Verfügung.*